

Bebauungsplan Gartengebiete "Hinter dem Schloßgarten / Blauläcker / Die Oberweidsgärten"



Planzeichen

Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung:Wirtschaftsweg

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Private Grünfläche

Zweckbestimmung:

Nutzgarten

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§9 Abs.1 Nr.20, 25 und Abs.6 BauGB)



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Zweckbestimmung:

Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)

Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz (§ 9 Abs. 6, § 172 Abs. 1 BauGB)

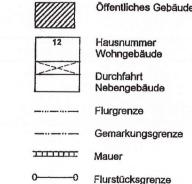


Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

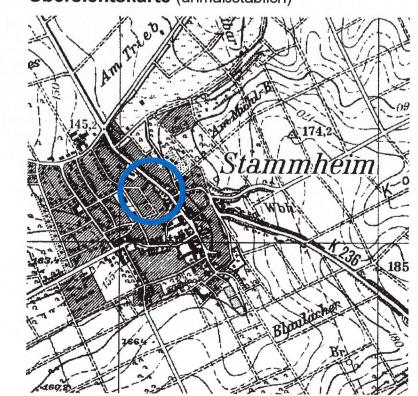
Legende: Katasterkarte



0-0 Flurstücksgrenze z.B. Fl. 12 Bezeichnung der Flur z.B. 167 Flurstücksnummer

Wiese 11,11 Gärten

Übersichtskarte (unmaßstäblich)



RECHTSGRUNDLAGEN

Das Baugesetzbuch (BauGB), die Baunutzungsverordnung (BauNVO), die Planzeichenverordnung (PlanzVO) und die Hess. Bauordnung (HBO) in der bei der maßgeblichen, öffentlichen Auslegung dieses Planes geltenden Fassung.

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt

1.1 Gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

- 1.1.1 Auf privaten Grünflächen ist pro Garten der Bau einer Gartenlaube zulässig. Eine Unterkellerung sowie die Anlage von Toiletten sind nicht zulässig.
- 1.1.2 Der umbaute Raum der Gartenlaube darf max. 30 cbm betragen, einschließlich Vordach oder überdachter Terrasse.

1.2 Gem. § 9 (1) Nr. 3 BauGB

1.2.1 Die Mindestgröße der Grundstücke wird auf 200 qm festgesetzt.

1.3 Gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB

- 1.3.1 Die bestehenden Hütten sind auf mind. zwei Seiten mit standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen gemäß Pflanzliste zu bepflanzen (Sichtschutz und Einbindung in die Landschaft).
- 1.3.2 Befestigungen von Gartenflächen sind nur für die Anlage von Gartenwegen bis 70 cm Breite und im Bereich eines Freisitzes zulässig. Sie sind wasserdurchlässig zu
- 1.3.3 Die Erschließungswege in den Gartengebieten sind als unbefestigte Wiesenwege oder teilversiegelt als Schotterrasen bzw. wassergebundene Decken herzustellen.
- 1.3.4 Das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser ist in Zisternen oder sonst geeigneten Behältnissen aufzufangen und als Gießwasser zu nutzen. Überschüssiges Wasser ist auf geeigneten Flächen zu versickern.
- 1.3.5 Je neu zu errichtende Gartenlaube sind mindestens zwei hochstämmige Obstbäume
- 1.3.6 Die Streuobstwiese auf Flurstück 101 soll durch die Planung in ihrem Bestand gesichert und extensiv gepflegt werden.
- 1.3.7 Bei Umwandlung von Grünland in Gärten ist auf den Grundstücken je nach Lage (Verbund mit weiteren Streuobstwiesen) und Grundstücksgröße Streuobst oder ein Gehölz mit einer Fläche von 1/3 der Gartengrundstücksfläche aus standortheimischen Arten anzupflanzen. Das Grünland der Streuobstwiesenerweiterung ist extensiv zu pflegen.

1.4 Gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB

1.4.1 Pro angefangene 200 qm Grundstücksfläche der Kleingärten ist mindestens ein hochstämmiger Obstbaum gemäß Pflanzliste zu pflanzen. Diese Regelung gilt nicht, wenn auf dem Gartengrundstück bereits Obstbäume in entsprechender Anzahl stehen und diese dauerhaft erhalten werden.

1.5 Gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB

1.5.1 Die vorhandenen, einheimischen Laubgehölze und Obstbäume sind zu pflegen, abgängige Hochstammobstbäume sind zu ersetzen. Als Ersatz für die Nutzformen sind wiederum Obstbäume zu pflanzen

Abgängige Anpflanzungen sind durch standortgerechte, einheimische Laubgehölze zu

1.5.2 Anpflanzungen von Bäumen I. und II. Ordnung sowie mindestens 3/4 aller Strauchpflanzungen sind mit einheimischen Arten gem. Pflanzliste vorzunehmen.

1.6 Gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO

1.6.1 Die Firsthöhe der Gartenlauben darf maximal 3,00 m betragen, gemessen vom mittleren talseitigen natürlichen Geländeanschnitt.

2. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEM. § 87 HBO i.V.m. § 9 (4) BauGB

- 2.1 Gartenlauben sind in einfacher Holzbauweise aus naturbelassenem Holz, lasiert oder imprägniert zu errichten; die Gründung ist als Punkt- oder Streifenfundament auszuführen. Die Dachneigung darf 30° nicht übersteigen.
- 2.2 Es sind nur offene Einfriedungen der Grundstücke zulässig; sie sind als Laubhecken. Holzpfosten mit Holzlatten oder Maschendraht mit mind. 15 cm Bodenfreiheit (ungehinderte Wanderung von Kleintieren) und einer Höhe von maximal 1.50 m auszuführen.

Mauern und Mauersockel sind bis zu einer Höhe von 1 m zulässig, wenn diese als grob aufgesetzte Trockenmauern aus örtlichem Gestein hergestellt sind.

3. HINWEISE, NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

- 3.1 Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler entdeckt werden. Diese sind nach § 20 Hess. Denkmalschutzgesetz unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege bzw. der Unteren Denkmalschutzbehörde des Wetteraukreises zu melden.
- 3.2 Die Flurstücke 534 bis 544 (Hinter dem Schloßgarten) unterliegen als Gesamtanlage gemäß § 2 Abs. 1 HDSchG als zu schützende Grünanlage dem Denkmalschutz.

4. PFLANZLISTE FÜR ANZUPFLANZENDE BÄUME UND STRÄUCHER

4.1 Hochstämmige, heimische Obstbäume

Schafsnase

Birnen: Bismarckapfel Alexander Lukas Bittenfelder Sämling Grüne Jagdbirne Blenheimer Gellerts Butterbirne Brauner Malatapfel Gute Graue Brettacher Gute Luise Dicker vom Hunsrück Nordhäuser Winterforelle Gelber Richard Pastorenbirne Haugapfel Herrenapfel Pflaumen/Zwetschgen

Jakob Lebel Bühlers Frühzwetschge Kaiser Wilhelm Ortenauer Hauszwetschge Landsberger Renette Wangenheims Frühzwetschge Muskatrenette

Oldenburger Kirschen: Ontario Büttners Rote Knorpelkirsche Orleans Renette Große Schwarze Knorpelkirsche Rheinischer Bohnapfel Hedelfinger Rheinischer Winterrambour Schneiders Späte Knorpel Roter Boskop Große Prinzessin Rote Sternrenette Frühe Rote Meckenheimer

Schöner von Boskop Walnüsse/Quitten: Schneeapfel Esterhazy II Winterrambour verschiedene Quitttensorten

4.2 Bäume Acer platanoides - Spitz-Ahorn Fagus sylvatica - Rotbuche Prunus avium - Vogelkirsche Quercus robur - Stieleiche Tilia cordata - Winter-Linde Tilia platyphyllos Sommerlinde Ulmus glabra - Bergulme Betula pendula Birke Carpinus betulus - Hainbuche Malus sylvestris - Holz-Apfelbaum Populus tremula - Zitter-Pappel

Salix caprea - Salix caprea - Mehlbeere Sorbus aria Sorbus aucuparia - Eberesche 4.3 Sträucher Acer campestre - Feld-Ahorn Berberis vulgaris - Berberitze Buxus sempervirens - Buchsbaum Cornus sanguinea - Roter Hartriegel

Cornus mas - Kornelkirsche Corvlus avellana - Hasel Crataegus monogyna - Eingriffeliger Weißdorn Crataegus oxyacantha - Zweigriffeliger Weißdorn Euonymus europaeus - Pfaffenhütchen

Ligustrum vulgare - Liguster - Heckenkirsche Lonicera xylosteum Mespilus germanica - Echte Mispel Rhamnus frangula - Faulbaum Rubus spec. - Brombeere. Himbeere

Rosa canina - Hundsrose Sambucus nigra - Schwarzer Holunder Viburnum opulus - Gewöhnlicher Schneeball 4.4 Geeignete Kletterpflanzen zur Gebäudebegrünung

Clematis vitalba - Waldrebe Hedera helix - Gemeiner Efeu Parthenocissus quinquefolia - Wein Humulus lupulus - Hopfen Lonicera caprinifolia - Geißschlinge

Spalierobst, Kletterrosen, Zaunrübe, Wicken zur Bepflanzung von Einfriedigungen

VERFAHRENSVERMERKE

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der förmliche Aufstellungsbeschluß wurde von der Gemeindevertretung gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 02.12.1992 gefasst. Die ortsübliche Veröffentlichung gem. Hauptsatzung erfolgte am 09.10.1998.

2. FRÜHZEITIGE BÜRGERBETEILIGUNG

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung von Planentwurf und Begründung vom 12.10.1998 bis einschl. 16.10.1998. Die ortsübliche Bekanntmachung gem. Hauptsatzung erfolgte am 09.10.1998.

3. BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 10.08.1998 gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme innerhalb der Frist vom 31.08.1998 bis einschl. 02.10.1998 aufgefordert.

4. OFFENLEGUNG

Die Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung von Planentwurf und Begründung vom 19.10.1998 bis einschl. 23.11.1998. Die ortsübliche Bekanntmachung gem. Hauptsatzung erfolgte am 09.10.1998.

5. SATZUNGSBESCHLUSS

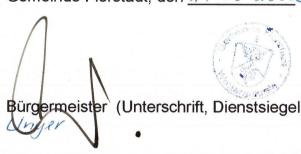
Der Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB am 24.02.1999 in der vorliegenden Form von der Gemeindevertretung nach Abwägung der vorgebrachten Anregungen als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gem. § 87 HBO wurden als Satzung beschlossen.

Gemeinde Florstadt, den 14.06. 2002



Gem. § 10 Abs. 3 BauGB wurde der Satzungsbeschluß am 03.05.2002 ortsüblich gem. Hauptsatzung bekanntgemacht. Damit tritt dieser Bebauungsplan in Kraft.

Gemeinde Florstadt, den 14.06-2002

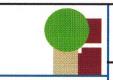


Gemeinde Florstadt **Ortsteil Stammheim**

Bebauungsplan Gartengebiete "Hinter dem Schloßgarten / Blauläcker / Die Oberweidsgärten"

Planungsstand: 02/99 Exemplar des Satzungsbeschlusses bearb.: Geyer/Hausmann gez.: M. Hausmann gepr.: M. Hausmann Datei: FL07_BPL.mc9 Plangröße: 0,5 qm zusammengestellt: bearbeitet:

Groß & Hausmann Umweltplanung und Städtebau



PLANUNGSBÜRO DAMM

Bahnhofsweg 22 35096 Weimar (Lahn) Tel: 06426/92076 * Fax: 06426/92077 http://www.grosshausmann.de info@grosshausmann.de

Maßstab 1 : 1.000

Am Römerlager 4 35633 Lahnau-Dorlar Tel. 06441/65006-0 Fax 06441/65006-29